

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

An das
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Stab Abteilung 2 / Frau Großmann
Heinrich - Mann – Allee 107

Datum:

14473 Potsdam

Betr.: Zuwendungen des Landes Brandenburg
hier: Einnahmen von Konzessionsabgaben im Haushaltsjahr

1. Antragsteller	
Name/Bezeichnung:	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis:
Auskunft erteilt:	Name/Tel.:
Bankverbindung: Bezeichnung des Kreditinstituts:	IBAN: Bankleitzahl:

2. Maßnahme	
Bezeichnung/ Zuwendungsbereich:	
Durchführungszeitraum:	von/bis:

3. Gesamtkosten	
lt. beil. Kostengliederung/Euro:	
Beantragte Zuwendung/Euro:	

4. Finanzierungsplan	
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit= Kassenwirksamkeit
	20..... - in Euro -
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3):	
4.2. Eigenanteil:	
4.3. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung):	
4.4. Beantragte/ bewilligte öffentliche Förderung (ohne Nr. 4.5) durch	
4. 5. Beantragte Zuwendung (Nr. 3 und 5):	

5. Beantragte Förderung		
Zuwendungsbereich (Kostenpositionen)	Zuweisung/ Zuschuss/ Euro	v. H. der Gesamtkosten
Summe		

6. Begründung
6.1. zur Notwendigkeit der Maßnahme (Konzeption, Ziel, Nutzen)
6.2. zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u. a. Eigenmittel, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. finanzielle- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u. a. Folgekosten)

8. Anlagen

Satzung

Auszug aus dem Vereinsregister

Konzeption des Trägers der Maßnahme

Kostenplan

9. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ohne vorherige Zustimmung der Bewilligungsbehörde nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten,
- der vorzeitige Maßnahmebeginn gemäß Nr. 1.3 der VV zu § 44 der Landeshaushaltsordnung zwingend erforderlich ist,

Begründung:

- die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug
nicht berechtigt ist
berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt wurde (Preise ohne Umsatzsteuer)
- die Angaben in den vorgelegten Unterlagen subventionserheblich sind und dass die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges gemäß § 264 StGB bekannt ist,
- der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen mitgeteilt werden, die Auswirkungen auf die Leistung haben können (z. B. zusätzliche Eigenmittel, Förderung Dritter, Investitionszulagen ...),
- unter Berücksichtigung der beantragten Landeszuwendung die Gesamtfinanzierung der Maßnahme gesichert ist.

Ort/Datum

Rechtsverbindliche
Unterschrift

(Bitte Name Unterschrift in Druckbuchstaben wiederholen)